



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 15.12.2005
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Dr. Hans-Harald Fitschen
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Ludwig Althaus
Abg. Renate Bassen
Abg. Reinhold Becker
Abg. Jürgen Borngräber
Abg. Doris Brandt
Abg. Hans-Hermann Brandt
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Friedhelm Fitschen
Abg. Reinhard Frick
Abg. Erich Gajdzik bis 13.10 Uhr
Abg. Innozenz Grad
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer bis 13.10 Uhr
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Bernhard Hasselhoff bis 13.10 Uhr
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Klaus Huhn
Abg. Karl-Heinz Imbusch
Abg. Jürgen Jürgensen ab 9.30 Uhr
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee bis 13.05 Uhr
Abg. Johannes Klindworth
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Hartmut Leefers

Abg. Klaus Lütjens
Abg. Hans-Heinrich Miesner
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Hartmut Prella
Abg. Claus Riebesehl bis 13.05 Uhr
Abg. Helmut Ringe
Abg. Susanne Rohr
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Hans-Georg Schröder
Abg. Dr. Erika Schumann-Mößeler
Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Detlef Steppat
Abg. Erhard Thies
Abg. Heike Treu
Abg. Carl-Detlev von Hammerstein ab 9.35 Uhr
Abg. Adolf Wilshusen
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Hermann Luttmann
KVD Heinz Peimann
KVR'in Heike Körner
Ltd BD Wolf-Dieter Anders
RR Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
Dipl. Kfm. Sven Höhl
VA Rainer Bruns
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Joachim Behnken
Abg. Hans-Hermann Beneke
Abg. Lür Schlesselmann

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 29.09.2005
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

- 6** Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2006 mit der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 2001-06/1297
- 7** Investitionsprogramm 2005 bis 2009 und Finanzplan 2005 bis 2009
Vorlage: 2001-06/1298
- 8** Kreditaufnahmeermächtigung 2006
Vorlage: 2001-06/1299
- 9** Haushaltsumstellung nach Art. 5 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zum 01.01.2007
Vorlage: 2001-06/1300
- 10** Haushaltsüberschreitungen
 - 10.1** Einzelentscheidung; Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 8800.520000 - Instandsetzungskosten
Vorlage: 2001-06/1293
 - 10.2** Einzelentscheidung; Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2900.639000 - Schülerbeförderungskosten
Vorlage: 2001-06/1303
 - 10.3** Einzelentscheidung; Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4210.791600 - Krankenhilfe § 4 AsylbLG
Vorlage: 2001-06/1305
 - 10.4** Unterrichtung
Vorlage: 2001-06/1273/1
- 11** Bestimmung der stellvertretenden Kreiswahlleitung für die Kommunalwahl am 10.9.2006
Vorlage: 2001-06/1287
- 12** Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel
Vorlage: 2001-06/1272
- 13** Berufung von Schülervertreterinnen und Schülervertreter für den Schulausschuss
Vorlage: 2001-06/1301
- 14** Kreismusikschule Rotenburg (Wümme) - 10. Änderungssatzung über den Betrieb und die Nutzung der Musikschule des Landkreises Rotenburg (Wümme) - Musikschulsatzung
Vorlage: 2001-06/1246
- 15** Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Arbeit
Vorlage: 2001-06/1252
- 16** Änderung der Gebührensatzung für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis vom 19.10.1999 ab 01.01.2006
Vorlage: 2001-06/1277/1
- 17** 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung) vom 18.12.2000
Vorlage: 2001-06/1290

- 18 Grundstücksangelegenheit - Verkauf von Ackerflächen in der Gemarkung Ebersdorf
Vorlage: 2001-06/1241
- 19 Antrag der SPD-Kreistagsfraktion Rotenburg (Wümme), a) die jetzige Landesregierung aufzufordern, die vorgenommen Kürzungen im Sportbereich unverzüglich zurückzunehmen und die Sportförderung, wieder aufzunehmen.
b) die Verwaltungshandreichungen des Landkreises Rotenburg (Wümme) zu ändern, insbesondere die völlige Gleichstellung der Schützenvereine, soweit diese Mitglied im Kreissportbund und dem Deutschen Schützenbund sind, gegenüber den übrigen Sportvereinen zu erreichen
Vorlage: 2001-06/0930/1
- 20 Bahnstrecke Wilstedt - Zeven - Tostedt (WZTE)
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.03.2005
Vorlage: 2001-06/1302
- 21 Anfragen
- 22 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abg. Behnken, Beneke und Schleeßelmann fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Landrat Dr. Fitschen weist auf den den Abgeordneten nachgesandten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2005 hin und führt aus, nach der Geschäftsordnung sei dieser nach mündlicher Begründung durch den Antragsteller vom Kreistag an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Abg. Lauber erklärt sich mit einer Verweisung des Antrages an den Fachausschuss einverstanden. Auf seine Frage, ob dem beantragten Einsatz der Software haushaltsrechtliche Probleme entgegenstünden, antwortet **Landrat Dr. Fitschen**, dies sei nach jetzigem Kenntnisstand nicht der Fall.

Anschließend wird der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2005 vom Kreistag einstimmig zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr verwiesen.

Auf die Frage des **Abg. Brunkhorst**, welcher Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung zur Behandlung in niederdeutscher Sprache vorgesehen sei, antwortet **Landrat Dr. Fitschen**, den Abgeordneten sei es freigestellt, ihre Wortbeiträge in niederdeutscher Sprache zu halten.

Danach wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 29.09.2005**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 29.09.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	50
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Dr. Fitschen erklärt, seit der letzten Kreistagssitzung am 29.09.2005 sei der Kreisausschuss am 02.11. und 06.12.2005 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe,- Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden.

Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) beantrage die Errichtung einer zweijährigen Berufsfachschule Sozialpädagogik bei den Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme) zum 01.08.2006 als Nachfolgeschulform für die zum Ende des Schuljahres 2005/2006 auslaufende zweijährige Berufsfachschule Kinderpflege. Die bisherige Berufsfachschule Kinderpflege werde seit ca. 25 Jahren an den Berufsbildenden Schulen Rotenburg (Wümme) angeboten. Die BBS stelle sich den dann geänderten Anforderungen mit der Errichtung einer neuen Berufsfachschule Sozialpädagogik.
2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) nominiere die Orte Oese, Dipshorn und Kirchwalsede für den 22. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Aufgrund der Teilnehmerzahlen in den vergangenen zwei Kreiswettbewerben könne der Landkreis für den 22. Landeswettbewerb drei Dörfer nominieren. Die drei Orte hätten sich beim letzten Kreiswettbewerb eindrucksvoll präsentiert und seien aufgrund ihrer hervorragenden Leistung zu Kreissiegern erklärt worden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der Landrat berichtet wie folgt:

1. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat November 2005 seien den Abgeordneten in einer Übersicht auf den Tisch gelegt worden. Erfreulich sei, dass die Arbeitslosenquote im Landkreis Rotenburg (Wümme) entgegen dem Bundes- und Landestrend gegenüber dem Vormonat gesunken sei.
2. Die neuen Strukturen der Metropolregion Hamburg seien einstimmig in den Kabinetten der drei beteiligten Bundesländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beschlossen worden. Am 01.12.2005 sei ein trilaterales Verwaltungsabkommen zu deren

Umsetzung unterzeichnet worden. Diese neuen Strukturen der Metropolregion sähen folgendes vor:

Der neue Regionsrat ersetze den bisherigen Planungsrat. Ihm gehörten seitens der kommunalen Ebene die Landräte der 14 Kreise Niedersachsens und Schleswig-Holsteins sowie je Kreis ein Vertreter der Gemeinden an. Dem Lenkungsausschuss, dem u. a. je Flächenland ein Landrat als Vertreter der Kreise angehöre, werde die Entscheidung über die Vergabe von Förderfondsmitteln übertragen. Die bisherigen Förderausschüsse würden aufgelöst. Es sei eine Geschäftsstelle der Metropolregion in Hamburg sowie zwei Außenstellen in Lüneburg und Bad Segeberg eingerichtet worden. Die Mittel aus dem Förderfonds würden vor allem in die Flächenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein fließen.

3. Die Europäische Union habe die Landkreise des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg als Konvergenzfördergebiet (Ziel 1) anerkannt. Danach würden ab dem Jahr 2007 bestimmte Infrastrukturmaßnahmen von der EU mit bis zu 75% der Kosten gefördert, die restlichen 25% müssten je nach Aufgabenzuständigkeit vom Staat oder der kommunalen Ebene kofinanziert werden. Es sei mit einem Fördervolumen zwischen 800 Millionen und 1 Milliarde Euro in den Jahren 2007 bis 2013 zu rechnen. Bei einem gemeinsamen Gespräch in der Regierungsvertretung Lüneburg mit Vertretern der betroffenen Landkreise und der großen selbständigen Städte Lüneburg, Celle und Cuxhaven seien erste Förderschwerpunkte festgelegt worden. Informationsmaterial hierzu sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden. Diese Förderschwerpunkte seien am 08.12.2005 den Vertretern der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden in einem gemeinsamen Gespräch, auch unter Beteiligung der Firma MCON, die für die Landkreise im Regierungsbezirk die EU-Beratung übernehme, vorgestellt und gleichzeitig Ergänzungsvorschläge erarbeitet worden. Diese seien mittlerweile auch an das Land Niedersachsen weitergemeldet worden. Laut Empfehlung der Firma MCON werde es wichtig sein, sich auf Projekte in den Jahren 2007 bis 2009 zu konzentrieren, weil für Ende des Jahres 2009 eine Revision vorgesehen sei.

Auf Nachfrage des **Abg. Wölbern** erläutert der **Landrat**, dass Vertreter der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden zu dem Gespräch am 08.12. eingeladen worden seien. Dabei sei es den Samtgemeinden anheim gestellt gewesen, auch Vertreter ihrer Mitgliedsgemeinden zu beteiligen.

Auf den Einwand des **Abg. Thies**, dass auch die Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinden hätten eingeladen werden sollen, entgegnet **Landrat Dr. Fitschen**, das Verfahren sei auf Bezirksebene abgesprochen gewesen.

4. Ein Terminplan für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der Ausschüsse des Kreistages mit dem Stand 15.12.2005 sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.
5. Bei dem Unfall in der Biogasanlage in Rhadereistedt am 08.11.2005 seien aufgrund des eingegangenen Notrufes von der Einsatzleitstelle die Feuerwehren Rhadereistedt, Rhade und Zeven, der Rettungsdienst mit Notärzten und Leitenden Notärzten und die Schnelleinsatzgruppen Rettung und Betreuung alarmiert worden. Der daraufhin durchgeführte Einsatz sei nahezu lehrbuchmäßig korrekt verlaufen und habe gezeigt, dass Feuerwehren und Rettungskräfte im Landkreis auch ein so außergewöhnliches Ereignis bewältigen könnten. Die Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte einschließlich der Polizei an der Einsatzstelle sei ganz hervorragend verlaufen. Allen Beteiligten gebühre hohes Lob für diesen mustergültigen Einsatz.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan
2006
mit der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungs-
konzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006
Vorlage: 2001-06/1297**

Landrat Dr. Fitschen weist auf den an die Abgeordneten verteilten überarbeiteten Entwurf des Stellenplanes hin, der Grundlage der Beratung und Beschlussfassung sei.

Zum Haushalt führt der **Landrat** aus, der Wegfall der Grenzen in Europa habe große Vorteile, aber auch Nachteile, auf die die Politik zum Teil nicht ausreichend reagiert habe. Dies sei ein Grund für die Entwicklung der Sozialausgaben. Die Bundesrepublik stehe in der wirtschaftlichen Entwicklung zusammen mit Frankreich am Ende in Europa. Vom Anstieg der Sozialausgaben seien die Landkreise als Träger der Sozial- und Jugendhilfe besonders stark betroffen. Dennoch gehöre der nun vorliegende Haushaltsplanentwurf des Landkreises noch zu den besseren der schlechten in Niedersachsen. Bei den vom Landkreis aufzubringenden Sozialhilfekosten sei durch die Wahrnehmung der Option im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform sowie erfolgreiche Verhandlungen hinsichtlich der Einstufung im Quotalen System die negative Entwicklung zunächst aufgehalten worden. Das strukturelle Defizit des Landkreises belaufe sich auf ca. 2,3 Millionen Euro, die Höhe der Kassenkredite am Jahresende auf etwa 20 Millionen Euro. In den Landkreisen Verden und Rotenburg wiesen die Gemeinden die geringste Pro-Kopf-Verschuldung und Höhe der Kassenkredite in Niedersachsen aus. Bei den Gesprächen mit den kreisangehörigen Gemeinden hätten diese auch eingesehen, dass eine Senkung der Kreisumlage in der derzeitigen Finanzlage des Landkreises nicht in Betracht kommen könne. Er wage aber die Prognose, dass sich am Ende des Jahres 2006 voraussichtlich kein strukturelles Defizit mehr ergeben werde. Bei weiterhin sparsamer Haushaltsführung könne der Verwaltungshaushalt möglicherweise ausgeglichen und im Vermögenshaushalt könne ein Schuldenabbau möglich werden. Dies sei auch deshalb wichtig, um für die Konvergenzförderung ab dem Jahr 2007 gewappnet zu sein. Der Entwurf des Vermögenshaushalts sei ausgeglichen und sehe eine geringfügige Schuldentilgung vor. Hauptgründe für die zu erwartende Entlastung der Kreisfinanzen seien höhere Zuweisungen im Finanzausgleich, Mehreinnahmen bei der Kreisumlage durch die gestiegene Finanzkraft der Gemeinden, die höhere Einstufung im Quotalen System sowie positive Auswirkungen der Option im Zuge der Hartz IV-Reform.

Abg. Jürgensen nimmt ab 9.30 Uhr an der Sitzung teil.

Abg. Holsten erklärt, der Haushaltsplanentwurf des Landkreises weise im vierten Jahr in Folge ein strukturelles Defizit aus, wenn auch geringer als im Vorjahr. Als Ursachen dafür seien ein geringes Wirtschaftswachstum, mit der Folge, dass die Sozialsysteme nicht mehr finanziert werden könnten, stagnierende bzw. zurückgehende Realeinkommen, die immer weiter auseinander gehende Schere zwischen Arm und Reich sowie ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen zu nennen. Die Unternehmen würden ihre Belastungen auf die öffentlichen Haushalte verschieben, die durch den stetigen Anstieg der Arbeitslosenzahlen zunehmend belastet würden. Auch auf der Einnahmeseite stagnierten sowohl die Steuereinnahmen als auch die Finanzausweisungen des Landes. Diese seien in den Jahren seit 1992 lediglich um 6 % gestiegen, während der Zuwachs bei den Ausgaben wesentlich stärker ausgefallen sei. Dies habe zur Folge, dass die Kassenkredite der öffentlichen Haushalte insgesamt auf über 4 Milliarden Euro angewachsen seien. Der Haushaltsplanentwurf des Landkreises weise im Verwaltungshaushalt ein Defizit von etwa 24,4 Millionen Euro aus. Auch wenn sich im Laufe des kommenden Jahres eine Verbesserung der Situation ergeben sollte, sei dies immer noch erschreckend hoch.

Abg. von Hammerstein nimmt ab 9.35 Uhr an der Sitzung teil.

Abg. Holsten führt weiter aus, wegen der gestiegenen Finanzkraft der Gemeinden würden die Einnahmen aus der Kreisumlage ansteigen. Trotz ebenfalls ansteigender Schlüsselzuweisungen könne der Landkreis nicht damit zufrieden sein, dass das Land in der Vergangenheit gezwungen gewesen sei, Einschnitte im Finanzausgleich zu Lasten der Kommunen vorzunehmen. Mit der vom Finanzausschuss empfohlenen Senkung der Jagdsteuer auf 14 % könne er sich deshalb nur einverstanden erklären, weil gleichzeitig Zuschüsse an die Jägerschaft in etwa gleicher Höhe gestrichen würden. Auf der Ausgabeseite stellten die Schulen und insbesondere die Schülerbeförderung einen großen Posten dar. Positiv zu bemerken sei, dass die Kreismusikschule weiterhin aufrechterhalten werden könne und auch Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen weiter gefördert würden, wenn auch zum Teil mit gekürzten Haushaltsansätzen. Der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 sei mit ca. 38 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich geblieben. Während sich bei den Ausgaben im Jugendhilfebereich eine Stabilisierung abzeichne, seien die Ausgaben für die Sozialhilfe in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Die höhere Einstufung im Quotalen System aber auch die Auswirkungen der Wahrnehmung der Option im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform machten sich positiv bemerkbar. Aus diesen Gründen sei der Anstieg der Sozialausgaben nicht so rasant wie in anderen Landkreisen. Durch die Wahrnehmung der Option habe der Landkreis Einfluss auf die Vermittlung der Arbeitsuchenden und die Finanzströme in diesem Bereich behalten. Durch die in diesem Zusammenhang erfolgte Reduzierung des Personals im Sozialamt seien die Personalausgaben insgesamt verringert worden. Hierzu hätten auch der Anteil des Bundes an den Verwaltungsgemeinkosten im Rahmen der Option sowie die Zahlung des Landes, für die nach der Auflösung der Bezirksregierungen vom Landkreis zu übernehmenden Aufgaben, beigetragen. Diese zusätzlichen Aufgaben würden mit dem vorhandenen Personal übernommen. Insgesamt befinde man sich bei den Personalkosten auf einem guten Weg. Dies sei durch ständige Anmahnung durch den Kreistag, aber auch durch die gute Arbeit der Verwaltung erreicht worden. Das Rechnungsergebnis 2005 werde ein im Vergleich zum Vorjahr etwas geringeres Defizit von etwa 29,3 Millionen Euro ausweisen. Das strukturelle Defizit 2006 werde sich eventuell verringern, aber noch könne niemand absehen, wie sich die Konjunktur im kommenden Jahr entwickeln werde. Aus seiner Sicht sei es wünschenswert, nicht nur das Defizit im Verwaltungshaushalt abzubauen, sondern einen Überschuss zu erzielen, um über eine dann mögliche Zuführung zum Vermögenshaushalt wieder Investitionen tätigen zu können. Auch das Haushaltskonsolidierungskonzept habe positive Auswirkungen gehabt. Wegen der veranschlagten geringen Investitionen sei der Vermögenshaushalt eine Schwachstelle. Aber in den vergangenen fünf Jahren sei der Landkreis stetig unter den ersten fünf Landkreisen in Niedersachsen mit der höchsten Pro-Kopf-Investitionssumme gewesen. Deshalb sei jetzt eine Pause gerechtfertigt. Die Schwerpunkte im Vermögenshaushalt bildeten die Kreisschulbaukasse, die Krankenhausumlage sowie die Ausgaben im Bereich Straßen- und Radwegebau. Auch er sei mit der geringen Summe, die in die heimische Wirtschaft fließen könne, nicht zufrieden. Aber die Chance einer Schuldentilgung zu nutzen sei ein wichtiges Signal, das auch einer evtl. Kritik aus der Wirtschaft entgegengehalten werden könne. Mit einer Verschuldung von etwa 100 Millionen Euro liege der Landkreis immer noch besser als der Landesdurchschnitt. Als Folge hieraus seien Zinszahlungen von ca. 4,5 Millionen Euro aufzubringen. Die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag geforderte antizyklische Finanzpolitik sei vorsichtig zu sehen. Diese sei ursprünglich als Ausgleich bei starken Schwankungen der Konjunktur gedacht gewesen. Bei einer Rezession sollte investiert, bei einem Aufschwung Zurückhaltung geübt werden. Die heutige Situation sei jedoch völlig anders. Man habe es nicht mit Schwankungen der Konjunktur, sondern vielmehr mit einer Strukturkrise zu tun. Diese könne nicht mit einem antizyklischen Verhalten bekämpft werden, sondern nur durch Strukturveränderungen. Auch im Hinblick auf die im Jahr 2007 beginnende Konvergenzförderung durch die EU sei es wichtig, sich im kommenden Jahr bei Investitionen zurückzuhalten und hierfür keine neuen Kreditaufnahmen vorzusehen. Als Fazit sei festzuhalten, dass sich im Verwaltungshaushalt eine Besserung der Situation abzeichne, der Vermögenshaushalt aber nicht zufrieden stellen könne. Der Landkreis habe jedoch zur Zeit keine andere Wahl. Die Forderung nach einer besseren Finanzausstattung der Kommunen für die Wahrnehmung von übertragenen Aufgaben bleibe bestehen. Es sei bereits absehbar, dass die vom Bund zugesagte Entlastung aus

der Hartz IV-Reform nicht ausreiche, um die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Kindertagesbetreuungsausbaugesetz zu decken. Abschließend danke er den Abgeordneten für den fairen Umgang im Finanzausschuss und dem Landrat und der Verwaltung für die gute Vorbereitung. Er bitte die Abgeordneten, dem vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2006 zuzustimmen.

Abg. Helberg führt aus, auch für das Jahr 2006 könne der Landkreis keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das Defizit im Verwaltungshaushalt belaufe sich auf ca. 25 Millionen Euro und würde diesen Betrag noch übersteigen, wenn nicht der Rettungsdienst ab dem Jahr 2006 ausgelagert würde. In den vergangenen fünf Jahren habe sich die Haushaltslage des Landkreises ganz erheblich verschlechtert. Für diese Entwicklung müsse auch die Mehrheitsfraktion im Kreistag die Verantwortung übernehmen. Zu den positiven Aspekten des Haushaltsplanentwurfs gehörten die sog. freiwilligen Leistungen. Die Arbeit der Sportvereine und Selbsthilfeeinrichtungen, in der Suchtkrankenhilfe, der Krebsfürsorge, bei den Heimatverbänden und im Frauenhaus habe einen hohen Stellenwert. Die dort geleistete Arbeit stelle eine wirksame Form präventiver Maßnahmen gegen Fehlentwicklungen in der Gesellschaft dar. Der Zuschussbedarf im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe sei zu hoch, werde allerdings nicht so hoch ausfallen, wie dies im Haushaltsplanentwurf veranschlagt sei. Hier seien die Prognosen der Verwaltung regelmäßig zu pessimistisch gewesen. Bei einem Vergleich der Rechnungsergebnisse seit 2001 sei erkennbar, dass die vom Landkreis zu tragenden Sozial- und Jugendhilfekosten nicht nennenswert gestiegen seien. Für die in der laufenden Legislaturperiode eingetretene katastrophale Haushaltslage gebe es andere Gründe. Dies seien der Zuwachs bei den Personalkosten, die Steigerung bei den Kosten der Schülerbeförderung, die zu späte Haushaltskonsolidierung und die Kürzungen der Schlüsselzuweisungen. Dabei seien die ersten drei Bedingungen hausgemacht, die vierte sei in der Kürzung der Verbundquote durch die jetzige Landesregierung begründet. Im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform beteilige sich der Bund mit einer Quote von 29,1 % an den Kosten für Unterkunft und Heizung. Damit solle sichergestellt werden, dass die Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe jährlich um 2,5 Milliarden Euro entlastet würden. Auf Bestreben der Länder und Kommunen sei eine regelmäßige Revision der Quote vereinbart worden. Ebenso vereinbart worden sei eine Anlage zu § 46 Abs. 9 SGB II in der die Art der Berechnung festgelegt worden sei. In Anwendung dieser Anlage habe vor einer Einigung zwischen Bund und Kommunen im Gesetzentwurf der Bundesregierung der Beteiligungssatz für die Jahre 2005 und 2006 auf 0 % gesetzt werden müssen. Die Aussagen des Landrates, der vormalige Finanzminister der SPD-Bundesregierung habe die Zahlung auf 0 Euro setzen wollen, seien nicht zutreffend. Nunmehr habe sich der zuständige Minister der neuen Bundesregierung im Koalitionsausschuss darauf verständigt, die Beteiligungsquote für 2005 und 2006 auf 29,1 % zu fixieren. Auch für das Jahr 2007 sei eine Regelung ohne Revisionsmechanismus vorgesehen. Der Landkreis sei gut beraten, mit dem Landkreis Harburg Kontakt aufzunehmen. Nach einem Bericht der Zeitung Harburger Anzeiger und Nachrichten gehörten die Landkreise Harburg, Lüneburg und Rotenburg zu den niedersächsischen Landkreisen, die durch zu geringe Schlüsselzuweisungen durch die Umstellung auf das Arbeitslosengeld II stärker belastet würden. In der Zeitung sei berichtet worden, dass der Landkreis Harburg bereits mit dem Land Niedersachsen Verhandlungen aufgenommen habe. Vom Land sollen danach 1,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden sein. Die SPD-Fraktion fordere den Landrat deshalb auf, sich unverzüglich mit dem Landkreis Harburg ins Benehmen zu setzen. Durch die Reduzierung des Schullastenausgleichs auf das gesetzliche Mindestmaß würden die Gemeinden belastet. Diese Reduzierung sei auch im Haushaltskonsolidierungskonzept erwähnt, gleichzeitig werde die Kreisumlage mit 54 Punkten fortgeschrieben. Nachdem im Vorjahr bereits die Prüfungsgebühren angehoben worden seien, bestehe bei den Gemeinden der Eindruck, der Landkreis wolle seine Konsolidierung weitgehend aus den Kassen der Gemeinden finanzieren. Unter anderem aus diesem Grund werde die SPD-Fraktion die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ablehnen.

Die Kosten der Schülerbeförderung seien in den vergangenen fünf Jahren um über 26 % angestiegen, wodurch der Kreishaushalt um mindestens 5 bis 6 Millionen Euro unnötig belastet worden sei. Offenbar sei es versäumt worden, die Leistungen auszuschreiben, wie dies in anderen Landkreisen schon längst geschehen sei. Mit Aufwendungen von 48 Euro je Einwohner liege der Landkreis Rotenburg um ca. 30 % über vergleichbaren Landkreisen wie Cuxhaven oder Harburg. Die CDU geführte Landesregierung habe die Schlüsselzuweisungen mit über 150 Millionen Euro jährlich gekürzt. Die Steuerverbundquote sei von über 17 % im Jahr 2002 bis auf 15 % für das Jahr 2006 gekürzt worden. Dies werde sich für die Jahre 2004 bis 2006 mit 3 bis 4 Millionen Euro negativ auswirken. Der Abg. Bargfrede habe in der letzten Finanzausschusssitzung beklagt, dass es den härtesten Eingriff im Finanzausgleich von 2002 auf 2003 gegeben habe. Dies sei aber im wesentlichen darin begründet gewesen, dass die Zuschüsse für Kindertagesstätten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr mit den Schlüsselzuweisungen an die Landkreise, sondern wieder direkt an die Gemeinden gezahlt worden seien. Mit der Kreisumlage von 54 Punkten würden die kreisangehörigen Kommunen über Gebühr belastet. Dabei würden die Kommunen auch noch ganz überwiegend die Kosten der Kindertagesstätten übernehmen, für die eigentlich der Landkreis zuständig sei. Nur die hohen Defizite des Landkreises hätten dazu geführt, dass die Gemeinden auf die Forderung nach einer Senkung der Kreisumlage verzichtet hätten. In dieser Situation könne man nicht das geringste Verständnis für eine Senkung der Jagdsteuer aufbringen, durch die eine eher gut betuchte Klientel begünstigt werde. Das durch die gleichzeitige Aufgabe wichtiger Naturschutzprojekte Kostenneutralität erreicht werde, sei natürlich nicht zutreffend, da nun diese Naturschutzmaßnahmen anderweitig durchgeführt werden müssten. Zu den Grundlagen der Kreisumlage sei anzumerken, dass CDU und FDP immer wieder eine Abschaffung der Gewerbesteuer angestrebt hätten. Es sei der SPD zu verdanken, dass im Koalitionsvertrag der Bestand der Gewerbesteuer durchgesetzt worden sei. Ohne diese Einnahme würde sich die Finanzsituation noch schlechter darstellen. Die Kreisumlage sei in der jetzigen und der vorhergehenden Wahlperiode mit durchschnittlich 53 Punkten erhoben worden. Der grundlegende Unterschied sei aber gewesen, dass die Kreisumlage wegen der bereits ab dem Jahr 1997 begonnenen frühen Konsolidierung des Haushalts im Jahr 2001 wieder auf 52 Punkte gesenkt werden konnte. Dagegen sei sie jetzt seit 2005 auf 54 Punkte gestiegen. Auch dies sei eine Folge der verspäteten Reaktion auf sich verschlechternde Bedingungen. Zur Verschuldung werde bereits im Prüfungsbericht 2003 angegeben, dass sich die Verschuldung des Landkreises um 26,3 % erhöht habe und 60 Millionen Euro betrage. Inzwischen sei der Landkreis unter Einrechnung der Kassenkredite und der Verschuldung im Abfallbereich mit über 100 Millionen Euro so hoch verschuldet wie nie zuvor. Allein der Verwaltungshaushalt weise ein Defizit von fast 25 Millionen Euro aus und die Liquidität des Landkreises werde zum großen Teil nur noch durch die Banken gewährleistet. Dies obwohl der Landkreis zum Beginn der Wahlperiode einen ausgeglichenen Haushalt und eine moderate Verschuldung von 48 Millionen Euro ausgewiesen habe. Dies sei den von beiden großen Fraktionen getragenen rechtzeitigen Sparmaßnahmen unter dem vormaligen Landrat Brunkhorst und dem Oberkreisdirektor Blume zu verdanken gewesen. Dann habe die Mehrheitsfraktion geglaubt, Finanzpolitik ohne und gegen die SPD-Fraktion machen zu können. Die frühen Forderungen nach einem Konsolidierungskonzept seien ebenso wie der Vorschlag einer rechtzeitigen Deckelung der Personalkosten nicht beachtet worden. Für den Zuwachs der Verschuldung im Vermögenshaushalt in den letzten Jahren sei dagegen nicht der Landkreis sondern die Landesregierung verantwortlich. Die Umsetzung der Schulreform habe kostenintensive Baumaßnahmen verursacht. Weiter sei zum Vermögenshaushalt anzumerken, dass die Kreis schulbaukasse von 10 Millionen auf 2 Millionen Euro zurückgeführt werde, Naturschutzinvestitionen fänden so gut wie nicht statt und Rücklagen für Investitionen stünden nicht zur Verfügung. Für die Sportförderung würden zwar 200.000 Euro bereitgestellt, da aber gleichzeitig die Finanzhilfen des Landes an den Landessportbund im Jahr 2004 halbiert und inzwischen auf 1,2 Millionen Euro reduziert worden seien, stünden für die Vereine immer weniger Mittel zur Verfügung. Die Investitionsquote im Vermögenshaushalt weise den historisch niedrigsten Stand der letzten Jahrzehnte auf. Zu den Personalkosten stelle sich die Frage, aus welchem Grund diese in den drei Jahren seit 2001 um durchschnittlich 3 % pro Jahr gestiegen seien, in den Jahren davor dagegen nur um weniger als die Hälfte. Während die Zahl der tatsäch-

lich besetzten Beamtenstellen in den Jahren von 1993 bis 2004, abgesehen von zwischenzeitlichen geringen Schwankungen, gleich geblieben sei, verhalte es sich bei den Angestellten und Arbeitern völlig anders. Während in den Jahren von 1993 bis 2001 die Anzahl der ausgewiesenen und besetzten Stellen beständig gesunken sei, wären ab dem Jahr 2001 erhebliche Stellenvermehrungen und deutlich mehr besetzte Stellen zu verzeichnen. Im Vergleich der Jahre 2001 bis 2004 seien 12 Stellen mehr ausgewiesen, gleichzeitig aber fast 25 Stellen tatsächlich mehr besetzt worden. Die Entwicklung der Personalkosten ab 2005 sei wegen der Wahrnehmung der Option im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform schwierig zu vergleichen. Gleichwohl lägen die Personalkosten noch deutlich über 29 Millionen Euro. Nach alledem zeige sich deutlich, dass die Veränderungen bei der Sozial- und Jugendhilfe nur minimal für das Defizit im Verwaltungshaushalt verantwortlich seien. Dagegen seien die durch Stellenvermehrung und –besetzung stark gestiegenen Personalkosten wesentlich ursächlich für das Defizit. Das gleiche gelte für die Schülerbeförderungskosten. Wäre in beiden Bereichen der Konsolidierungskurs ab 2001 weiter geführt worden, würde das Defizit um einen unteren zweistelligen Millionenbetrag geringer ausfallen. Daraus ergebe sich die Schlussfolgerung, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Haushaltspolitik der vergangenen fünf Jahre eine erhebliche Lücke klaffe. Abschließend weise er auf die im Schreiben vom 22.11.2005 von seiner Fraktion schriftlich formulierten Anträge hin. Soweit den Anträgen in der Sitzung des Finanzausschusses am 30.11.2005 nicht gefolgt worden sei, würden diese hiermit unter Hinweis auf die schriftliche Begründung erneut gestellt. Die Anträge umfassten im Vermögenshaushalt die Erhöhung der Ansätze im Einzelplan 2 sowie beim Um- und Ausbau der Kreisstraßen und für den Radwegebau an Kreisstraßen. Im Verwaltungshaushalt solle auf die Senkung des Hebesatzes der Jagdsteuer verzichtet und die Zuschüsse für die Anpflanzung von Feldgehölzen und Obstwiesen sowie zum Rebhuhnprojekt der Jägerschaft Zeven auf dem Niveau des Vorjahres belassen werden. Auch sollen die zweckgebundenen Landesmittel zur Verbesserung des ÖPNV nur für diesen Zweck verwendet werden. Signale aus der Landesnahverkehrsgesellschaft deuteten darauf hin, dass es rechtlich nicht unbedenklich sei, wenn diese Mittel in einem anderen Unterabschnitt zur Deckung eingesetzt würden. Weiter solle der Zuschuss an den TouROW im Unterabschnitt 7900 von 87.000 Euro auf 100.000 Euro angehoben werden. Der Landkreis solle sich die Diskussion mit den Gemeinden um die restlichen 13.000 Euro ersparen, der Interessenausgleich zwischen Landkreis und Gemeinden erfolge systemgerecht über die Kreisumlage.

Abg. Steppat erklärt, die Verwaltung habe einen soliden Haushaltsplanentwurf vorgelegt und dabei das Beste aus der bestehenden Situation gemacht. Im Hinblick auf den geplanten Schuldenabbau sei der Haushalt positiv zu sehen. Negativ seien die Kürzungen bei der Heimat- und Kulturpflege, insbesondere bei den Zuschüssen an den Heimatbund Rotenburg und den Heimatverein Scheeßel. Auch die Zuschüsse für die Anpflanzung von Feldgehölzen und Obstwiesen sowie zum Rebhuhnprojekt der Jägerschaft Zeven sollten weiter gezahlt werden. Seine Fraktion hatte eine Senkung der Jagdsteuer um 2 % gefordert. Immerhin solle diese jetzt um 1 % gesenkt werden. Nach wie vor verfolge seine Fraktion das Ziel, die Jagdsteuer ganz abzuschaffen. Deren Erhebung sei ungerecht, weil die Jäger einen wertvollen Beitrag zum Naturschutz leisteten. Die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag geforderten Investitionen könne sich der Landkreis in Anbetracht der finanziellen Situation nicht erlauben. Hier sei auch im Hinblick auf die ab dem Jahr 2007 beginnende Konvergenzförderung für das kommende Jahr Zurückhaltung geboten. Es sei zu begrüßen, dass die Sportförderung fortgesetzt werde, aber auch die vorgesehenen Kürzungen bei den Beihilfen für das Jugendwandern und den Zuschüssen für das Theater Metronom sollten zurückgenommen werden. Die Finanzprobleme des Landkreises seien nicht hausgemacht, sondern hätten ihre Ursache in der Bundes- und Landespolitik. Wenn ab dem Jahr 2007 die Mehrwertsteuer erhöht werde, sollten sich alle dafür einsetzen, dass von den Mehreinnahmen auch die kommunale Ebene profitiere. Abschließend erklärt er, die WFB-Fraktion werde dem Entwurf der Haushaltssatzung zustimmen.

Abg. Klee bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs. Die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag vom 22.11.2005 aufgestellten Forderungen nach weiteren Investitionen, die mit zusätzlichen Krediten finanziert werden müssten, halte er für ein falsches Signal. Es dürfe nicht weiterhin mehr Geld ausgegeben werden, als

erwirtschaftet werden könne. Deshalb lehne seine Fraktion diese Forderungen ab. Er plädiere dafür, den Hebesatz der Jagdsteuer unverändert zu lassen. Das mit einer Senkung einhergehende Entgegenkommen gegenüber der Jägerschaft sei unverständlich. Die Jäger, die sich für den Naturschutz eingesetzt hätten würden bestraft, weil gleichzeitig Zuschüsse für wichtige Projekte gestrichen würden. Dagegen würden nicht so engagierte Jäger begünstigt. Insgesamt werde seine Fraktion jedoch dem Entwurf der Haushaltssatzung zustimmen.

Abg. Brunkhorst weist auf die Schuldsituation des Landkreises hin. Im Vergleich zum Jahr 2001 ergebe sich hier mittlerweile eine Steigerung von über 62 %. Auch bei der Höhe der Kassenkredite sei ein drastischer Anstieg zu verzeichnen. Der aufgelaufene Schuldenberg müsse dringend abgebaut werden. Er werde dem Entwurf der Haushaltssatzung nicht zustimmen.

Abg. Wilshusen meint, das bei den zahlreichen Verkehrsunfällen verletzte oder getötete Wild würde von den Jägern ohne Entgelt aus dem Straßenraum entfernt, obwohl es nicht mehr verwertbar sei. Die Behauptung der SPD-Fraktion, durch eine Senkung der Jagdsteuer würde nur ein begüterter Personenkreis begünstigt, sei nicht zutreffend. Die Senkung der Jagdsteuer um 1 % sei ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch werde hierüber auch in der kommenden Legislaturperiode weiter zu beraten sein. Er fragt, wer zur Abholung des Fallwildes an den Straßen verpflichtet sei und wie die Höhe der Jagdsteuer berechnet werde.

Landrat Dr. Fitschen antwortet, der Landkreis vertrete, ebenso wie das zuständige Ministerium, die Meinung, dass die Abholung des Fallwildes zu den Pflichten der Jagdausübungsberechtigten gehöre. Anderenfalls könne nur der Träger der Straßenbaulast als Verpflichteter in Betracht kommen. Die Besteuerungsgrundlagen für die Jagdsteuer ergäben sich aus § 4 der Jagdsteuersatzung des Landkreises.

Anschließend geht **Landrat Dr. Fitschen** noch auf die Ausführungen des Abg. Helberg ein. Der Haushaltsplanentwurf der ehemaligen SPD geführten Bundesregierung habe einen Ansatz von 0 Euro für die Erstattung der Kosten für Unterkunft und Heizung an die Kommunen im Zusammenhang mit Hartz IV vorgesehen. Erst danach seien erneute Verhandlungen mit dem neuen Bundesfinanzminister geführt worden. Dieser habe zunächst einen Erstattungssatz von 19 % angeboten. Erst vor wenigen Tagen hätten sich die Verhandlungspartner schließlich auf einen Prozentsatz von 29,1 geeinigt. Es sei auch keine Revision mehr vorgesehen. Dies bedeute jedoch für die kommunale Ebene eine Entlastung von nur ca. 630 Millionen Euro anstelle der ursprünglich angekündigten 2,5 Milliarden Euro. Es gebe sowohl große Gewinner als auch Verlierer bei der Verteilung der Mittel. Dies sei in den Verteilungsparametern des Landes begründet, hierüber werde aber noch verhandelt. Für den Landkreis Rotenburg (Wümme) werde sich voraussichtlich keine nennenswerte Be- oder Entlastung ergeben. Zum Stellenplan merkt er an, dass in den Jahren 2005 und 2006 eine merkliche Entlastung eingetreten sei. Wenn in den Vorjahren mehr Stellen ausgewiesen waren, hänge dies auch mit der Übernahme zusätzlicher Aufgaben von Bund oder Land zusammen. Nach wie vor gelte in der Kreisverwaltung eine Wiederbesetzungssperre von sechs Monaten. Auch er bedauere, dass das Land bei den Finanzzuweisungen einen Betrag von ca. 250 Millionen Euro aus dem Finanzausgleich gestrichen habe. Der Landkreis habe aber hierauf wenig Einflussmöglichkeiten. Er halte es für eine Dummheit, wenn der Landkreis im Jahr 2006, wie von der SPD-Fraktion gefordert, zusätzliche Investitionen tätigen würde, die über weitere Kredite finanziert werden müssten. Der Landkreis sei aufgefordert, sparsam zu wirtschaften. Auch die Firma MCON, die für die Landkreise im Regierungsbezirk die EU-Beratung übernehme, habe empfohlen, im Jahr 2006 keine neuen Schulden zu machen, um für den Beginn der Konvergenzförderung ab dem Jahr 2007 gewappnet zu sein. Er hoffe, der Kreistag sei intelligent genug, dies zu erkennen. Falls nicht, werde er ggf. von der Möglichkeit der Verhängung einer Haushaltssperre Gebrauch machen. Zu den vom Abg. Helberg angesprochenen Konsultationsgesprächen zwischen den großen Fraktionen des Kreistages in vergangenen Jahren sei anzumerken, dass die SPD-Fraktion trotz solcher vorangegangener Gespräche im Kreistag dann regelmäßig gegen den Haushaltsplanentwurf gestimmt habe. Im übrigen habe nach seiner Kenntnis die CDU-Fraktion ein solches Gespräch angeboten, was von der SPD-Fraktion jedoch abgelehnt worden sei.

Abg. Rudolph bestätigt, dass die CDU-Fraktion der SPD ein Gespräch angeboten hatte.

Landrat Dr. Fitschen erklärt abschließend, er halte den vorliegenden Haushaltsplanentwurf für einen der solidesten in Niedersachsen. Deshalb halte er diesen für tragfähig und tragbar. Er verbinde damit die Hoffnung, dass ein Schuldenabbau gelinge und das Defizit geringer ausfallen werde, als im Moment erwartet.

Abg. Wölbern äußert sich noch zu dem Gesprächsangebot der CDU-Fraktion und stellt dar, dass dieses erst nach der Beratung des Haushaltsplanentwurfs im Finanzausschuss am 30.11. hätte stattfinden sollen.

Abg. Helberg erklärt, er habe den Haushalt nicht schlecht geredet, sondern nur so bewertet, wie er diesen sehe. Er empfehle dem Landrat sich mit Aussagen wie „Dummheit“ zurückzuhalten. Nach einem ihm vorliegenden Schreiben des Finanzministeriums stelle sich der Ablauf der Verhandlungen zum Bundesanteil an den Unterkunftskosten anders dar, als dies vom Landrat geschildert worden sei. Es sei Sache der Länder, eine ungleiche Verteilung der Mittel bei den Kommunen auszugleichen.

Abg. Dreyer meint, die Aussagen des Landrates veranlassten ihn, sich in dieser Angelegenheit zu äußern. Er weise die Bezeichnung „Dummheit“ für die von seiner Fraktion geforderten Investitionen entschieden zurück. Das als Ursache für die Finanzlage angeführte geringe Sozialprodukt hänge natürlich auch mit den Folgekosten der Wiedervereinigung zusammen. Kein anderes Land in Europa habe derlei Kosten zu tragen. Die SPD-Fraktion habe in ihrem Antrag angeregt, einen Betrag von ca. 2 Millionen Euro mehr für den Um- und Ausbau der Straßen und Radwege und für Energiesparmaßnahmen zu veranschlagen. Ebenso für notwendige Planungskosten im Zusammenhang mit der Konvergenzförderung. Dies stelle eine Chance für den Landkreis dar, auch wenn dafür neue Schulden gemacht werden müssten.

Abg. Borngräber erklärt, das Gesprächsangebot der CDU-Fraktion sei zu spät gekommen. Darauf habe seine Fraktion mit der Ablehnung des Gespräches richtig reagiert. Er plädiere für einen respektvollen Umgang miteinander, was in der heutigen Kreistagssitzung nicht bei allen Rednern der Fall gewesen sei.

Landrat Dr. Fitschen weist darauf hin, dass er ein Gespräch der CDU- und der SPD-Fraktion zum Haushalt angeregt hatte. Im übrigen seien die geforderten Mittel für Energiesparmaßnahmen seit Jahren im Haushalt veranschlagt.

Abg. Kackmann stellt dar, dass mehr als 39 % des Jagdsteueraufkommens im Landkreis von Jägern gezahlt werde, die ihren Wohnsitz außerhalb des Kreisgebietes hätten.

Abg. Schröder weist darauf hin, dass die vorgesehenen Mittel für die Unterhaltung der Kreisstraßen und den Radwegebau bei weitem nicht ausreichend seien, um den anstehenden Aufgaben nachzukommen. Es sei jetzt der Punkt erreicht, an dem nicht mehr weiter gekürzt werden könne.

Kreistagsvorsitzender Brünjes stellt die im Schreiben der SPD-Kreistagsfraktion vom 22.11.2005 gestellten Anträge zur Abstimmung. Die Anträge auf Erhöhung des Ausgabeansatzes im Einzelplan 2, auf Erhöhung des Ansatzes für den Um- und Ausbau der Kreisstraßen und des Ansatzes für den Radwegebau an Kreisstraßen sowie die Jagdsteuer unverändert bei 15 % zu belassen, werden vom Kreistag in einzelner Abstimmung jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Abg. Hasselhoff erklärt, er habe sich bei der Abstimmung über die Jagdsteuer der Stimme enthalten, weil er in einer Senkung des Hebesatzes eine Begünstigung von gutsituierten Jagdpächtern sehe.

Abg. Bruns erklärt, er sei zwar gegen die Erhebung der Jagdsteuer, mit der Streichung der Zuschüsse für bestimmte Naturschutzprojekte im Gegenzug einer Senkung des Hebesatzes sei er aber nicht einverstanden.

Danach stellt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die weiteren von der SPD-Fraktion in ihrem Schreiben vom 22.11.2005 gestellten Anträge zur Abstimmung. Die Anträge auf Beibehaltung des Zuschusses für die Anpflanzung von Feldgehölzen und Obstwiesen sowie des Zuschusses für das Rebhuhnprojekt der Jägerschaft Zeven, die Erhöhung des Zuschusses an den TouROW zur Sicherung des Radwege-Projektes und des Fahrradtourismus sowie die

zweckgebundenen Landesmittel zur Verbesserung des ÖPNV nur für diesen Zweck zu verwenden, werden vom Kreistag in einzelner Abstimmung jeweils mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss daran erfolgt die Abstimmung über den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung 2006 einschließlich Haushaltsplan und Stellenplan 2006 sowie die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006.

Beschluss:

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2006 einschließlich des Haushaltsplanes 2006 und des Stellenplanes 2006 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes 2005 für das Haushaltsjahr 2006 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	18
Enthaltung:	1

Punkt 7 der Tagesordnung: **Investitionsprogramm 2005 bis 2009 und Finanzplan 2005 bis 2009**
Vorlage: 2001-06/1298

Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2005 bis 2009 wird beschlossen.

Der Finanzplan 2005 bis 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	33
Nein-Stimmen:	18
Enthaltung:	1

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 11.30 Uhr bis 12.00 Uhr.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Kreditaufnahmeermächtigung 2006**
Vorlage: 2001-06/1299

Beschluss:

Der Landrat wird ermächtigt:

1. Kredite in Höhe des im § 2 der Haushaltssatzung 2006 festgesetzten Gesamtbetrages von 2.473.200 Euro im Haushaltsjahr 2006 bis zu einem Höchstzinssatz von effektiv 6,00 % und einer maximalen Laufzeit bis zu 30 Jahren aufzunehmen,

2. Umschuldungen bis zur Höhe des Haushaltsansatzes sowie
 3. Zinsanpassungen bei Alt-Darlehen
- vorzunehmen.

Bei Kreditaufnahmen, Umschuldungen und Zinsanpassungen ist das günstigste Angebot zu berücksichtigen. Der Kreistag ist unverzüglich zu unterrichten.

Das Benehmen mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses oder dem Vorsitzenden des Kreistages ist zu den Ziffern 1 und 2 herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsumstellung nach Art. 5 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindefinanzrechtlicher Vorschriften zum 01.01.2007**
Vorlage: 2001-06/1300

Beschluss:

Eine Haushaltsumstellung der Kernverwaltung des Landkreises Rotenburg (W.) erfolgt nicht zum 1. Januar 2006, sondern frühestens zum 01.01.2007.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 10.1 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 8800.520000 - Instandsetzungskosten**
Vorlage: 2001-06/1293

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 8800.520000 (Instandsetzungskosten) in Höhe von 27.654,17 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 9000.041010 (Schlüsselzuweisung).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 10.2 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2900.639000 - Schülerbeförderungskosten**
Vorlage: 2001-06/1303

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2900.639000 (Schülerbeförderungskosten) in Höhe von 200.000 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei den Haushaltsstellen 2130.540000, 2131.540000, 2132.540000, 2310.540000, 2311.540000, 2312.540000, 2500.540000, 2501.540000, 2502.540000 und 2503.540000.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 51
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Punkt 10.3 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; Überplanmäßige Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4210.791600 - Krankenhilfe § 4 AsylbLG**
Vorlage: 2001-06/1305

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4210.791600 (Krankenhilfe § 4 AsylbLG) über 100.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 4102.245000 (Erstattung von Sozialleistungsträgern).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 10.4 der Tagesordnung: **Unterrichtung**
Vorlage: 2001-06/1273/1

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung: **Bestimmung der stellvertretenden Kreiswahlleitung für die Kommunalwahl am 10.9.2006**
Vorlage: 2001-06/1287

Beschluss:

Für die Kommunalwahl am 10. September 2006 im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird Herr KOAR Gerd Fricke zum stellvertretenden Kreiswahlleiter berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Unterhaltungskostenzuschuss für die Eichenschule Scheeßel**
Vorlage: 2001-06/1272

Abg. Keller führt aus, nicht nur das Land habe die Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft gekürzt, auch der Landkreis sehe eine moderate Reduzierung des Unterhaltungskostenzuschusses für die Eichenschule vor. Nach der Schulstrukturereform seien die Schülerzahlen bei den Gymnasien im Landkreis weiter gestiegen. Die Eichenschule erhalte einen Unterhaltungskostenzuschuss in Höhe von 90 % der auf einen Schüler des Ratsgymnasiums entfallenden Kosten. Durch die gestiegene Schülerzahl beim Ratsgymnasium verringerten sich die dort anfallenden Kosten je Schüler, was sich auch auf die Höhe des Unterhaltungskostenzuschusses für die Eichenschule auswirke. Einen dadurch entstehenden Einnahmeverlust könne die Eichenschule nicht durch eine Anhebung des von den Eltern zu zahlenden Schulgeldes ausgleichen, da in einem solchen Fall damit zu rechnen sei, dass die Eltern ihre Kinder auf andere Gymnasien schicken würden. Diesen Aspekt solle der Landkreis bei der Festlegung des Zuschusses für die Eichenschule berücksichtigen. Die Vertreter der Eichenschule hätten sich mit den jetzigen Berechnungsgrundlagen einverstanden erklärt, sie sollten jedoch auch an den weiteren Überlegungen beteiligt werden.

Beschluss:

Die Schulgenossenschaft Eichenschule eG erhält auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 20.12.2004 einen endgültigen Unterhaltungskostenzuschuss von 90% der auf einen Schüler des Ratsgymnasiums Rotenburg entfallenden Kosten, höchstens jedoch in Höhe des im Jahr 2005 gewährten Abschlags.

Der im nächsten Jahr fällige Abschlag für 2006 darf verbunden mit der Abrechnung für 2005 die im Haushaltsplan 2006 bereitgestellten Haushaltsmittel in Höhe von 310.000 € nicht überschreiten.

Über die endgültige Abrechnung für 2006 und die Folgejahre wird im Rahmen der Haushaltsplanung für 2007 zu befinden sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Berufung von Schülervereinerinnen und Schülervereiner für den Schulausschuss**
Vorlage: 2001-06/1301

Beschluss:

Als Schülervereinerinnen und Schülervereiner werden in den Schulausschuss berufen:

Allgemeinbildende Schulen

Ersatzmitglied	Fredrik Hoffman, Bahnhofstraße 83, 27404 Zeven - St.-Viti-Gymnasium Zeven
----------------	--

Berufsbildende Schulen

Ersatzmitglied	Oliver Frahn, Vareler Weg 4, 27383 Scheeßel - Berufsbildende Schulen Rotenburg
----------------	---

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Kreismusikschule Rotenburg (Wümme) - 10. Änderungssatzung über den Betrieb und die Nutzung der Musikschule des Landkreises Rotenburg (Wümme) - Musikschulsatzung**
Vorlage: 2001-06/1246

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegende 10. Änderungssatzung über den Betrieb und die Nutzung der Musikschule des Landkreises Rotenburg (Wümme) – Musikschulsatzung – wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Arbeit**
Vorlage: 2001-06/1252

Landrat Dr. Fitschen weist auf die nach der Beratung im Kreisausschuss überarbeitete und an die Abgeordneten verteilte Fassung der Ziffer 5.4 der Verwaltungshandreichung hin.

Beschluss:

Die Ziffer 1 der Verwaltungshandreichung 5.4 "Förderung jugendpflegerischer Arbeit" wird wie in der Anlage dargestellt, beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 16 der Tagesordnung: **Änderung der Gebührensatzung für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis vom 19.10.1999 ab 01.01.2006**
Vorlage: 2001-06/1277/1

Beschluss:

Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen und sonstige Tätigkeiten des Gesundheitsamtes im eigenen Wirkungskreis wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 17 der Tagesordnung: **4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung) vom 18.12.2000**
Vorlage: 2001-06/1290

Abg. Bruns hält es für bedeutsam darauf hinzuweisen, dass mit der vorgesehenen Satzungsänderung keine Erhöhung der Abfuhrgebühren sondern ausschließlich der Gebühren für die Anlieferung auf der Entsorgungsanlage verbunden sei.

Beschluss:

Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 18 der Tagesordnung: **Grundstücksangelegenheit - Verkauf von Ackerflächen in der Gemarkung Ebersdorf**
Vorlage: 2001-06/1241

Abg. Wilshusen meint, die durch übermäßigen Wildbestand in der Vergangenheit eingetretenen Schäden seien nach der Neuverpachtung der Jagd nicht mehr so bedeutsam.

Beschluss:

Die Flurstücke 1/2 (1,2535 ha), 78/1 (3,3716 ha) und 81/1 (2,6092 ha) der Flur 7 der Gemarkung Ebersdorf werden zu einem Gesamtpreis von 50.000,00 € (0,69 €/m²) verkauft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 19 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion Rotenburg (Wümme), a) die jetzige Landesregierung aufzufordern, die vorgenommenen Kürzungen im Sportbereich unverzüglich zurückzunehmen und die Sportförderung, wieder aufzunehmen. b) die Verwaltungshandreichungen des Landkreises Rotenburg (Wümme) zu ändern, insbesondere die völlige Gleichstellung der Schützenvereine, soweit diese Mitglied im Kreissportbund und dem Deutschen Schützenbund sind, gegenüber den übrigen Sportvereinen zu erreichen**
Vorlage: 2001-06/0930/1

Abg. Dreyer begründet für die SPD-Fraktion den Antrag vom 08.06.2004. Zwar hätten sowohl der Landrat als auch der Nieders. Ministerpräsident immer wieder die Bedeutung des Sports und der Sportförderung betont, dennoch seien in diesem Bereich in den vergangenen Jahren erhebliche Mittelkürzungen vorgenommen worden. So wies der Haushaltsplanentwurf des Landkreises für das Jahr 2006 nur noch einen Betrag von 290.000 Euro für die Sportförderung aus. Damit sei der Landkreis im Landesvergleich aber immer noch im oberen Bereich angesiedelt. Dagegen habe das Land Niedersachsen die Mittel für die Sportförderung, wie im Antrag der SPD-Fraktion dargestellt, in ganz erheblichem Umfang gekürzt. Wenn dies von der Mehrheitsfraktion des Kreistages hingenommen werde bedeute dies, dass den örtlichen Sportvereinen die notwendige Unterstützung verweigert werde. Dies wirke sich auch auf Städte und Gemeinden aus und so sei es nicht verwunderlich, wenn diese zum Teil die Erhebung von Gebühren für die Nutzung ihrer Sportanlagen durch die Sportvereine in Erwägung zögen. Es sei wichtig, dass das Überleben der Sportvereine gesichert werde. Das der Antrag seiner Fraktion bis heute nicht im zuständigen Fachausschuss beraten worden sei, deute seiner Ansicht nach darauf hin, dass die Verwaltung eine Behandlung des Antrages habe verhindern wollen. Dieses Verhalten könne nicht mit der angespannten Finanzlage begründet werden. Auch die Gleichstellung der Schützenvereine sei ein wichtiges Anliegen. Ein Großteil der Schützenvereine sei bereits Mitglied sowohl im Kreis- als auch im Landessportbund. Der Landessportbund nehme bei der Bewilligung von Zuschüssen an seine Mitglieder keine unterschiedliche Berechnung vor. Deshalb müsse erreicht werden, dass auch alle Mitglieder des Kreissportbundes die gleiche Förderung durch den Landkreis erhielten. Auch die Schützenvereine leisteten wichtige Jugendarbeit.

Abg. Imbusch erklärt, die CDU-Fraktion könne die von der SPD geforderte Aufforderung an die jetzige Landesregierung zur Rücknahme der vorgenommenen Kürzungen im Sportbereich im Hinblick auf die Haushaltslage des Landes nicht mittragen. Der Antrag, durch eine Änderung der entsprechenden Verwaltungshandreichungen eine Gleichstellung der Schützenvereine zu erreichen, werde dagegen begrüßt. Die Folge werde allerdings eine Mehrzahl von abzuarbeitenden Förderanträgen sein und auch die Förderung würde damit länger auf sich warten lassen. Dies sei aber allen bewusst. Im übrigen sei es nicht nur ein Versäumnis der Verwaltung, dass der Antrag der SPD-Fraktion noch nicht im zuständigen Fachausschuss behandelt worden sei.

Auf eine entsprechende Nachfrage des **Abg. Imbusch** bestätigt **Abg. Dreyer**, dass mit der heutigen Beschlussfassung zur Änderung der Verwaltungshandreichung zunächst nur die Gleichstellung der Schützenvereine erreicht werden solle. Über die im Schreiben vom 08.06.2004 darüber hinaus beantragten Änderungen der Verwaltungshandreichung hinsichtlich der Höhe der förderfähigen Investitionssummen solle im Ausschuss für Sport und Kultur beraten werden.

Anschließend stellt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den Antrag der SPD-Fraktion vom 08.06.2004 zur Abstimmung.

Der Antrag zu a), die jetzige Landesregierung aufzufordern, die vorgenommenen Kürzungen im Sportbereich unverzüglich zurückzunehmen und die Sportförderung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben unter dem früheren Innenminister Heiner Bartling fortzuführen und insbesondere das 100-Mio.-Programm zur Sportstättenförderung wieder aufzunehmen, wird mit 20 Ja-Stimmen und 29 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Der Antrag zu b), entsprechend der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses vom 06.12.2005 der völligen Gleichstellung der Schützenvereine, soweit diese Mitglied im Kreissportbund und dem Deutschen Schützenbund sind, für neue Anträge ab 2006 durch entsprechende Änderung der Verwaltungshandreichungen des Landkreises Rotenburg (Wümme) zu entsprechen, wird mit 48 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, bei 3 Enthaltungen, angenommen.

Punkt 20 der Tagesordnung: **Bahnstrecke Wilstedt - Zeven - Tostedt (WZTE)**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
01.03.2005
Vorlage: 2001-06/1302

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.03.2005 führt **Abg. Treu** aus, weder die geforderte Einberufung eines sog. „runden Tisches“ mit allen Beteiligten, noch die Prüfung der im Antrag ihrer Fraktion aufgezeigten Fördermöglichkeiten seien bisher von der Verwaltung umgesetzt worden. Sie bitte deshalb, dies nunmehr nachzuholen, da sich auch durch die Anerkennung des ehemaligen Regierungsbezirkes Lüneburg als Konvergenzfördergebiet neue Chancen ergäben. Viele Gründe sprächen für einen Erhalt der Strecke, wie z. B. steigende Kraftstoffpreise und ständige Verkehrsstaus auf den Autobahnen. Für viele Pendler sei es günstiger, auf die Bahn umzusteigen. Die Strecke Zeven-Tostedt stelle eine wichtige Anbindung in Richtung Hamburg dar. Im Falle einer Anbindung an die Stadtbahn Hamburg könne auch eine finanzielle Beteiligung der Metropolregion denkbar sein. Vom Erhalt der Strecke könne ein Siedlungsgebiet mit etwa 50.000 Einwohnern profitieren. Immer mehr Menschen seien auch aus Altersgründen oder wegen einer Behinderung auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen. Auch im Hinblick auf den bevorstehenden Zugang von Einheiten der Bundeswehr in die Kaserne Seedorf sei es wichtig, die Strecke zu erhalten. Ein gutes Beispiel stelle die Strecke Harsefeld-Kutenholz dar. Dort hätten sich die Fahrgastzahlen vervielfacht und die Region habe eine gute Entwicklung genommen. Der Landkreis solle auch Tarifverhandlungen mit dem HVV aufnehmen. Darüber hinaus sei die Strecke auch als touristisches Projekt und für die Naherholung der Bevölkerung von Bedeutung. Wenn zunächst der Personenverkehr angelaufen sei, könne auch eine Wiederaufnah-

me des Güterverkehrs denkbar sein. Dann bestehe die Möglichkeit, z. B. die Abfalltransporte aus dem Landkreis nach Hamburg über die Schiene abzuwickeln. Alle litten unter dem starken LKW-Verkehr auf den Straßen. Wenn hier eine Entlastung geschaffen werden könne, sei dies zu begrüßen. Die laut dem von Herrn Schulz erstellten Konzept notwendigen Mittel von ca. 1,5 Millionen Euro seien sicherlich ein hoher Betrag, aber diese Investition sei lohnenswert. Auch der Moorexpress werde mittlerweile wieder betrieben, wenn auch nicht kostendeckend. Dies sei aber auch bei Straßen nicht anders. Es sei wichtig, dass der Landkreis und die betroffenen Gemeinden, auch unter Beteiligung anderer Stellen, ein Konzept für die weitere Nutzung der Strecke erarbeiteten. Wenn alle an einem Strang zögen, könne dieses Vorhaben gelingen und eine landkreisübergreifende Vernetzung der Wirtschaftsregionen realisiert werden.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, die EVB sei Eigentümer der Strecke Wilstedt-Zeven-Tostedt. Diese habe in der Vergangenheit erfolglos versucht, die Strecke zu erhalten. Bei anderen Strecken sei dies dagegen gelungen. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens, das im zur Zeit laufenden Stilllegungsverfahren durchgeführt werde, habe sich noch kein Interessent für einen Weiterbetrieb der Strecke gefunden. Der Landkreis befinde sich über die VNO ständig in Kontakt mit dem HVV. Falls dies gewünscht werde, könne hierüber in einer der nächsten Fachausschusssitzungen berichtet werden.

Erster Kreisrat Luttmann ergänzt, mit den beteiligten Gemeinden seien bereits im Januar Gespräche geführt worden. Dabei sei jedoch das Interesse von gemeindlicher Seite an einer Beteiligung am Erhalt der Strecke nicht besonders groß gewesen. Auch die Möglichkeiten einer Förderung durch die EU seien von der Kreisverwaltung bereits geprüft worden. Im übrigen gehe die Landesnahverkehrsgesellschaft hinsichtlich der für den Erhalt der Strecke notwendigen Kosten von einem weitaus höheren Betrag aus, als dies im Konzept des Herrn Schulz angegeben sei. Auch eine touristische Nutzung der Strecke sei nur unter Beteiligung der Gemeinden denkbar. Der Personenverkehr auf der Schiene sei Sache des Landes. Die Landesnahverkehrsgesellschaft stehe einem Betrieb der Strecke jedoch ablehnend gegenüber, der Landkreis allein habe keine Möglichkeit diese zu erhalten.

Abg. Huhn erklärt, die SPD-Fraktion stimme dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Auch seine Fraktion habe mehrere Anträge zum ÖPNV gestellt, die noch zu behandeln seien. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 23.11.2005 sei festgelegt worden, dass die Strecke Wilstedt-Zeven stillgelegt werden solle, für den Streckenabschnitt Zeven-Tostedt dagegen noch Beratungsbedarf bestehe. Die ab dem Jahr 2007 beginnende Konvergenzförderung durch die EU schließe auch Verkehrsprojekte ein. Deshalb solle die EVB gebeten werden, im kommenden Jahr ein Konzept zum Erhalt der Strecke zu erarbeiten, um für das Vorhaben rechtzeitig Zuschüsse beantragen zu können.

Abg. Wilshusen meint, die Gemeinden seien froh, mit dem Bahnverkehr nichts mehr zu tun zu haben.

Abg. Lauber weist darauf hin, dass sich die Situation seit der Antragstellung durch seine Fraktion im März 2005 im Hinblick auf eine mögliche EU-Förderung verändert habe. Ein Erhalt der Strecke ohne Beteiligung der Gemeinden sei wohl nicht möglich. Nach seiner Ansicht solle der Landkreis die Moderation bei neuen Gesprächen zwischen den Beteiligten übernehmen. Vielleicht könne die EVB dazu bewegt werden, die Strecke gemeinsam mit dem TouROW neu zu bewerten.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, die Kreisverwaltung habe zwar die im Antrag genannten Forderungen bereits abgearbeitet, er könne sich aber dennoch ein erneutes Gespräch mit den Beteiligten vorstellen. Ohne eine Beteiligung der EVB sei dies aber nicht zu realisieren und andere Strecken dürften nicht unter einem möglichen Engagement für die Strecke Zeven-Tostedt leiden. Der Landkreis werde nochmals zu einem Gespräch einladen.

Abg. Treu bittet, dann auch Vertreter der Bahnstrecke Kutenholz-Harsefeld einzuladen.

Abg. Huhn weist darauf hin, dass sich daraus auch neue Aspekte für das zu erstellende Konzept für den Personennahverkehr im Landkreis ergeben könnten.

Auf Nachfrage des **Kreistagsvorsitzenden Brünjes** erklärt **Abg. Treu**, der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 01.03.2005 sei damit erledigt.

Punkt 21 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Bruns spricht einen Bericht in der Rotenburger Rundschau zur Erhebung des Landkreises zum Bedarf an Kindertagespflege an. Danach habe der Landrat zunächst erklärt, dass die Erhebung aufgrund einer entsprechenden Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände in dieser Form durchgeführt worden sei, was er aber in einem folgenden Artikel wieder korrigiert habe. **Abg. Bruns** hält dies für peinlich. Er fragt, ob der Landrat vom zuständigen Dezernat oder Amt der Kreisverwaltung falsch informiert worden war, oder worin die zunächst nicht zutreffende Aussage begründet gewesen sei. Weiter möchte er wissen, wieso landesweit vergleichbare Zahlen benötigt würden und nicht Zahlen über den Bedarf vor Ort ausreichend seien.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, er habe seine Aussage auf eine ständige Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände bezogen, sich bei derartigen Erhebungen untereinander abzustimmen. Die Kreisverwaltung habe vor der Befragung Kontakt mit dem Nieders. Landesamt für Statistik aufgenommen, das keine Bedenken gegen das vorgesehene Verfahren erhoben habe. Er sei bis vor wenigen Tagen aber nicht autorisiert gewesen, dies öffentlich bekannt zu geben. Im übrigen sei es durchaus wichtig, auch landesweit vergleichbare Zahlen zu ermitteln um feststellen zu können, wie hoch der Bedarf in anderen Landkreisen sei. Der Landkreis habe rechtzeitig Erkenntnisse sammeln wollen, um ab dem Jahr 2010 ein ausreichendes Angebot an Kindertagesbetreuungsplätzen zur Verfügung stellen zu können. Es werde Schritt für Schritt, auch in Abstimmung mit den Gemeinden, der Bedarf ermittelt, um ein entsprechendes Platzangebot vorhalten zu können. Sollten Fehler bei der Erhebung gemacht worden sein, würden diese korrigiert werden. Zur Zeit sei aber eine solche Notwendigkeit nicht zu erkennen. Bisher sei auch die Finanzierung dieser vom Landkreis zusätzlich zu übernehmenden Aufgabe nicht sichergestellt. Die notwendige Entlastung der kommunalen Ebene durch den Anteil des Bundes an den Unterkunftskosten im Zusammenhang mit Hartz IV könne nur mit einer Anhebung des Bundesanteils auf ca. 34 % erreicht werden.

Abg. Klee und **Abg. Riebesehl** verlassen die Sitzung um 13.05 Uhr.

Abg. Bruns bezweifelt, dass das Erhebungsverfahren mit dem Nieders. Landesamt für Statistik abgesprochen worden sei. Im Sozialausschuss des NLT sei festgestellt worden, dass es kein landeseinheitliches Verfahren zur Bedarfsermittlung gebe. Nach seiner Ansicht seien landesweit vergleichbare Zahlen für die Kommunen vor Ort wenig hilfreich.

Abg. Sonnenwald meint, der Landrat könne in der von ihm beantragten Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses nochmals zu der Erhebung berichten.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, er halte eine Einberufung des Jugendhilfeausschusses allein zu diesem Punkt nicht für erforderlich. Bei der Durchführung der Elternbefragung handele es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung, das in die Zuständigkeit des Landrates falle.

Punkt 22 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Rainer Bösch aus Scheeßel fragt ob es zutreffend sei, dass die Mitarbeiter des Arbeitsmarktportals telefonisch schwer erreichbar seien.

Landrat Dr. Fitschen antwortet, dies sei ihm nicht bekannt. Sofern dies aber zutreffe, müsse für Abhilfe gesorgt werden.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen vorliegen beendet **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Die **Abg. von Bothmer, Hasselhoff** und **Gajdzik** verlassen die Sitzung.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer